

Was macht die „technische Intelligenz“?

Hofiert und bemißtraut soll sie das SED-System stützen

Mit ungunstigen Gefühlen haben die politisch denkenden Vertreter der sowjetzonalen „Technischen Intelligenz“ in diesen Wochen die neue Hexenjagd gegen die kommunistischen Wissenschaftler beobachtet dürfen. Sie selbst befanden sich zwar nur am Rande dieser Diskussionen, aber die sie umgebenden SED-Sekretäre in den Wohngemeinden und Betrieben lassen keinen Zweifel daran, daß künftig jedweder „Intelligenz“ zu mißtrauen sei. Rechnet man die Tatsache hinzu, daß gerade in den letzten Monaten besonders viele Vertreter der so bemißtrauten Gesellschaftsschicht nach dem Westen geflohen sind, läßt sich ermesnen, daß die übriggebliebenen von den Kommunisten nicht viel echte Freundschaft erwarten dürfen.

Ein simples Beispiel mag die Situation beleuchten: Am 19. Februar sprach der Staatssicherheitsminister Ernst Wollweber auf einer Belegschaftsversammlung der Ostberliner Elektroapparate-Werke Treptow und anschließend im Ost-Fernsehfunk über das Problem der Intelligenz-Flucht nach dem Westen.

Er bezog sich dabei auf zahlreiche Abwanderungen gerade aus jenem Treptower Betrieb und forderte die dort tätigen SED-Mitglieder auf, wachsam und mißtrauisch diese Dinge zu verfolgen. Seit jenem Tage terrorisiert die Betriebsparteiorganisation die Wissenschaftler und Ingenieure des Werkes in einer Form, die manchen ernsthaft eine Weiterarbeit in Zweifel ziehen ließ. Auf der letzten Ostberliner Parteiaktivtagung erklärte ein SED-Betriebssekretär: „Bei uns werden auch die Genossen Intelligenzler nicht mehr zu Parteileitungssitzungen zugelassen! Bei denen weiß im Augenblick keiner, woran man mit ihnen ist. Viele Genossen schimpfen jetzt, daß man diese Leute überhaupt in die Partei aufgenommen hat!“

Künstlich dramatisiert

Es wäre gerade für die Technische Intelligenz, wenn man diesen Begriff nun einmal gelten lassen will, wichtig, sich mit den Ursachen einer solchen Einstellung zu befassen. Denn gerade diese Leute haben sich seit

jeher durch Arbeit und Expertentum von der Tagespolitik fernzuhalten versucht und damit auch die Augen vor Dingen verschlossen, die sie besser hätten erkennen sollen.

Die SED befindet sich — wie auch die kommunistischen Parteien anderer Länder — seit der längst gemilderten Verdammung Stalins und seiner Theorien in einer Mausemmer, der sie nie ganz Herr geworden ist. Sie hat das Schlimmste getan, was eine totalitäre Partei tun konnte: Sie hat für kurze Zeit den Zweifel an der Doktrin geduldet! Diesen kurzen Augenblick haben die bis dahin unter Druck stehenden Wissenschaftler und Intelligenzler aller Sparten genutzt, um der Doktrin den Todesstoß zu versetzen. Was in ihren Köpfen längst als Erkenntnis reifte, sie aber niemals auszusprechen wagten, das haben diese Leute in den letzten Monaten — vor allem nach den Ereignissen in Polen — hinausgestoßen. Und es war das Unglück der SED, daß diese Dinge logischer und einfacher zu begreifen war als die kompliziert verwirrete Theorie des Stalinismus.

Seit jenem Tage haßt die ungeliebte Funktionärsschicht dieser Partei die Zonenintelligenz, auch wenn sich diese in den eigenen Reihen befindet. So hat man den Fall Harich — um den immer wieder die Diskussionen kreisen — künstlich dramati-

siert, damit ein harter Keil zwischen die „proletarischen Schichten“ der Partei und die „bourgeois Intellektuellen“ getrieben werden kann.

Alle sind betroffen

Anfangs glaubten die Vertreter der Technischen Intelligenz, daß sie von diesen Dingen nicht betroffen seien. Inzwischen aber dürfte auch hier die Erkenntnis gereift sein: Die SED macht keine Unterschiede, wenn sie Feinde wittert. Die Art, wie in diesen Wochen hervorragende Fachkräfte und Ingenieure behandelt werden, wie man ihre einst als großzügiges Privileg ausgegebenen Spezialverträge stillschweigend zu kassieren sucht — alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die SED die Technische Intelligenz unter besondere Kuratel stellen will!

Sie stützt sich dabei auf die Tatsache, daß diese Intelligenzler in einer Zeit, als die Arbeiter hungern mußten, besonders hofiert und begünstigt worden sind. Ein gewisser Stachel, der davon zurückgeblieben ist, braucht von der SED nur erneut geschärft zu werden, um die provozierte Isolierung vollkommen zu machen. Die SED kann nicht auskommen ohne die Intelligenz, auch wenn diese antikommunistisch wäre. Aber sie kann jederzeit mit ihr verfahren, wie es Stalin in den Jahren der Moskauer Prozesse tat: Sie physisch oder — wir schreiben heute 1957 — gesellschaftlich zu „liquidieren“, wenn man eines Tages ohne sie auszukommen glaubt. Für die Intelligenzler wäre dies Grund genug, sich zumindest in diesen Wochen mehr um die politischen Vorgänge zwischen Partei und Wissenschaft zu bekümmern, ehe auch sie ahnungslos in deren Strudel gezogen werden.

Gute Antwort

DT. Das persönliche Schreiben, mit dem Bundeskanzler Adenauer den ihm übermittelten Brief des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin beantwortet hat, ist höflich, würdig und klar. Hier äußert sich zwischen Wort und Haltung eine Übereinstimmung, in der das, was wir Moskau bieten, so ernst gemeint ist, wie das, was wir von ihm fordern. Dem Bundeskanzler ist es wirklich ernst, wenn er den von Bulganin geäußerten Wunsch nach einer Besserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen bejaht. Ebenso aufrichtig aber ist seine Feststellung, daß die positive Klärung der beiderseitigen Beziehungen nicht getrennt werden kann von der noch ungelösten Frage der Wiedervereinigung Deutschlands. In solchem Geben und Nehmen aus gutem Verständigungswillen liegt die Möglichkeit einer Normalisierung der deutsch-sowjetischen Beziehungen beschlossen.

Der Bundeskanzler beschränkte sich auf die starke Hervorhebung dieser Bedeutung des deutschen Problems und wies selbstverständlich die sowjetische These zurück, daß seine Lösung Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow erfordere. Ausführlicher wird die Bundesregierung auf diese Streitfrage, die einer guten Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen noch im Wege steht, in ihrer für Ende März angekündigten Antwort auf die sowjetische Note vom 22. Oktober eingehen. Zu den deutschen Wünschen, die einer pflichtgemäßen Erfüllung bedürfen, gehört auch die von Adenauer mit Nachdruck betonte Notwendigkeit einer Durchführung der Vereinbarung über die Rückführung aller deutschen Staatsbürger, die noch in der Sowjetunion gegen ihren Willen zurückgehalten werden.

Die Antwort Adenauers zeigt im übrigen manches Entgegenkommen in anderen von Bulganin aufgeworfenen Fragen. Es liegt im Interesse beider Länder, in konzilianter Form über diese Fragen zu verhandeln. Wir haben dabei den Wunsch, daß eine Verständigung über Fragen geringeren Ranges auch

der Lösung des größeren Problems dienen möge, deren Voraussetzungen und Grenzen der Bundeskanzler ebenso deutlich wie versöhnlich umrissen hat.

Kein Interzonenzoll!

DT. Es galt bisher als selbstverständlich, daß die gemeinsame Zollgrenze, die von den sechs Staaten der Montanunion errichtet werden wird, wenn der Gemeinsame Markt kommt, keineswegs bedeutet, daß die Bundesrepublik gegenüber der Sowjetzone Zölle erhebt. Der Interzonenhandel ist ein Binnenhandel und muß es bleiben; das hat Außenminister von Brentano ausdrücklich bestätigt. Es ist die wichtigste politische Bedingung für unseren Beitritt zum Gemeinsamen Markt; denn wir wollen nichts unternehmen, was die Verbindungen zur Bevölkerung der Sowjetzone lockert. Das schließt nicht aus, daß der Interzonenhandel, wie bisher schon, durch entsprechende Abmachungen, Kontingente, Zahlungsverfahren geregelt bleibt.

Jetzt kommt die überraschende Meldung, die von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ gestern mitgeteilt wurde, wonach bei den Verhandlungen in Brüssel über die Einzelbestimmungen über den Gemeinsamen Markt von unseren Vertragspartnern der Vorschlag gemacht worden sei, den gemeinsamen Zolltarif der Zollunion auch für den Interzonenhandel in Kraft zu setzen. Ein solcher Vorschlag kann von der Bundesrepublik unter keinen Umständen akzeptiert werden. Zolltechnisch, das ist zuzugeben, wird es einige Schwierigkeiten geben, wenn Waren der Sowjetzone nach Westdeutschland zollfrei importiert werden dürfen, aber bei einer Direktausfuhr von der Sowjetzone nach Holland, Frankreich oder Italien verzollt werden müssen. Die Versuchung besteht dann selbstverständlich, daß Sowjetzonenware erst nach Westdeutschland und von da aus zollfrei nach den übrigen Ländern der Zollunion versandt wird. Doch gegen diese Umgehung gibt es Kontrollmöglichkeiten, nämlich die Ursprungszeugnisse der Waren.

Dieses Papier wird sowieso künftig eine große Rolle im europäischen Handelsverkehr spielen müssen, wenn etwa England und Skandinavien einer europäischen Freihandelszone beitreten werden, ohne auf ihre verschiedenen autonomen Zolltarife gegenüber dritten Ländern zu verzichten. Auch dann muß verhindert werden, daß etwa amerikanische Exporteure sich das Land im Bereich der Freihandelszone aussuchen, das die niedrigsten Zölle hat, um zu versuchen, ihre Waren zollfrei nach jenen Mitgliedsstaaten der Freihandelszone zu schaffen, die bei einem Direktimport aus USA höhere Zölle erheben würden. Es ist lediglich eine technische Aufgabe, mit Hilfe von Ursprungszeugnissen einen solchen Mißbrauch zu verhindern.

Um das gleiche Problem geht es im Interzonenhandel. Auch da müssen einige technische Kontrollen in Kauf genommen werden, damit er weiterhin zollfrei funktionieren kann, auch wenn die Bundesrepublik Mitglied der europäischen Zollunion wird. Die europäischen Partner der Zollunion müssen einsehen, daß der Interzonenhandel ein deutscher Binnenhandel bleiben muß und daß einige Kontrollen in Kauf zu nehmen sind, damit dieses politisch wichtige Ziel der deutschen Politik nicht gefährdet wird.

Stumpfe Ideologie

DT. Erstarrung einer Partei bedeutet nicht immer nur Gängelbarkeit oder Selbstzufriedenheit, sondern auch Hilflosigkeit. Das trifft auf die SED voll zu. Ihre ideologischen Argumentationen tönen unverändert, sie sind nicht weiterentwickelt. Es ist ihnen jetzt sogar eine gewisse Verbissenheit anzumerken: krampfhaft wie unter der Devise „nun erst recht“ wird der Marxismus-Leninismus weiter strapaziert mit seiner längst irreal gewordenen Gegenüberstellung von Arbeiterklasse und Monopolkapitalismus. Die SED hat es weder theoretisch noch praktisch fertiggebracht, neue Wege zu finden oder gar Fortschritte zu erzielen, um daraus eine überzeugende Legitimation

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Neue Aktion für Soldatengräber

Bevölkerung zur Mithilfe aufgefordert

Kassel (AP/DPA). Zur Mithilfe bei der Identifizierung von Soldatengräbern im Osten und Südosten Europas hat der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge die Bevölkerung des Bundesgebietes aufgerufen. Er bittet darum, ihm Fotos von Gräbern, Tagebuchaufzeichnungen und Belegungslisten von Friedhöfen zu überlassen, soweit sie Soldaten betreffen, die nach 1944 in Rußland, Polen, Jugoslawien, Rumänien, Ungarn, der Tschechoslowakei oder in den deutschen Ostgebieten gefallen sind.

Die Sowjetzonenregierung hat, wie Dr. Debus vom Volksbund am Dienstag in Kassel mitteilte, bisher die nach der Kapitulation von den Sowjets beschlagnahmte Kriegsgräberkartei noch immer nicht herausgegeben. Auch habe der Volksbund bisher noch keine Vereinbarung über die Pflege von Kriegsgräbern im Osten erzielen können. Dagegen sei es jetzt gelungen, eine Erlaubnis zur Wiederherstellung von Grä-

Keine Einigung über Zivilgefangene

Besprechungen mit dem Sowjetischen Roten Kreuz

Berlin (AP/DPA). Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Weitz, ist von seinen Besprechungen mit dem Sowjetischen Roten Kreuz nach Deutschland zurückgekehrt. Weitz teilte mit, daß es bedauerlicherweise über die Repatriierung der deutschen Zivilgefangenen zu keiner Einigung gekommen sei, weil die sowjetische Auffassung und die Auffassung der deutschen Behörden in der Frage der Staatsangehörigkeit weit auseinandergingen. Die Besprechungen seien „sehr hart“ gewesen und würden im Mai in der Bundesrepublik fortgesetzt werden.

Die Sowjetunion hat sich aber bereit erklärt, Einzelanträge von Zivilisten, die nach der Bundesrepublik ausreisen möchten, sorgfältig zu prüfen. Es handelt sich nach Mitteilung von Dr. Weitz dabei um Personen, die nach Auffassung der Sowjetbehörden sowjetische Staatsbürger sind.

Sehr befriedigt äußerte sich Weitz über die Vereinbarungen in der Frage vermißter und verschollener deutscher Kriegsgefangener. Es sei beschlossen worden, durch Austausch der gegenseitigen Unterlagen und Namenlisten Klarheit über das Schicksal dieser ehemaligen deutschen Soldaten zu schaffen.

Die Vertreter des Sowjetischen Roten Kreuzes hätten namens ihrer Regierung versichert, es gäbe keine deutschen Staatsangehörigen in der Sowjetunion, denen ein Schreibverbot auferlegt sei.

Ein gemeinsames Kommuniqué über die Besprechungen konnte nicht ausgearbeitet werden, weil sich, wie Dr. Weitz sagte, jede Seite weigerte, den Entwurf der Gegenpartei zu akzeptieren.

Ein Kommuniqué

Kurz nach dem Eintreffen der deutschen Delegation in Berlin veröffentlichte die sowjetamtliche Nachrichtenagentur TASS das Kommuniqué des Sowjetischen Roten Kreuzes. Darin heißt es, die führenden Vertreter des Sowjetischen Roten Kreuzes hätten sich bereit erklärt, bei der Rückführung deutscher Staatsbürger und staatenloser Personen deutscher Nationalität, die nach der Bundesrepublik ausreisen wollen, zu helfen. Dr. Weitz habe seinerseits zugesagt, den Sowjetbürgern, die im zweiten Weltkrieg auf das Gebiet der Bundesrepublik verschlagen worden seien, zu helfen, wenn sie in die Sowjetunion zurückkehren wollten.

Tiefstand der Arbeitslosigkeit

Niedrigste Februar-Ziffern seit Kriegsende

Nürnberg (AP). Die Zahl der Arbeitslosen im Bundesgebiet hat sich im Februar um rund 365 000 auf 1,1 Mill. vermindert und damit den bisher tiefsten Februarstand seit Kriegsende erreicht. Die ungewöhnlich frühe Saisonwende auf dem Arbeitsmarkt ist nach Mitteilung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung auf die milde Witterung des Monats zurückzuführen.

Die Zahl der unbesetzten Arbeitsstellen im Bundesgebiet hat sich im Monat Februar um rund 50 000 auf 209 000 erhöht. Für März wird ein weiterer erheblicher Rückgang erwartet.

Bauern lehnen sich auf

Freie Marktwirtschaft in der Zone gefordert

Berlin (DPA/Eigenmeldung). Der Widerstand der Sowjetzonen-Bevölkerung gegen die Politik der SED nimmt ständig an Heftigkeit zu. Wie jetzt bekannt wird, haben Bauern im Bezirk Gera „Freiheit und freie Marktwirtschaft“ gefordert. Nach einem Bericht der kommunistischen „Volkswacht“ ging die Empörung der Bauern gegen die Landwirtschafts-Politik der Pankower Regierung so weit, daß man in Reudnitz die Maschinen der Maschinen-Traktorenstation verteilen wollte. „Bauern aus Naitschau wollten sie gleich holen“, berichtet die „Volkswacht“. In anderen Dörfern hätten sich Bauern gegen den „russischen Sozialismus“ ausgesprochen.

Die Bestrebungen der Landbevölkerung richten sich weitgehend auf eine Revision der kommunistischen Kolchosen-Wirtschaft.

In einem Ort — so fährt die SED-Zeitung fort — habe man „neue Formen der landwirtschaftlichen Produktions-Genossenschaften gesucht, weil die jetzigen nichts taugen“. In Zeulenroda sei in einer öffentlichen Versammlung gefordert worden: „Gebt den Bauern die Freiheit und beseitigt die Diktatur, damit wir frei unserer Arbeit nachgehen können.“

Mit Trampeln und Pfeifen gaben die Teilnehmer einer Bauernversammlung in Altmittweida (Bezirk Chemnitz) ihre gegenläufige Ansicht kund, als ein Funktionär die angeblich überaus schlechte Lage der Bauern im Bundesgebiet schildern wollte. Bauern aus mehreren Ortschaften nahmen an dieser Versammlung teil. Als der Funktionär auf die Lage der westdeutschen Landbevölkerung zu sprechen kam, „begannen reaktionäre Elemente zu krakeelen und zu trampeln, ja, sogar Trillerpfeifen waren zur Stelle“.

Die „Volkswacht“ empört sich darüber, daß „keiner aufgestanden ist und den Maulhelden und Trampelbrüdern auf gebührende Weise geantwortet hat“.

Geheimverhandlung in Moskau

Es geht um Ostpreußen — Polen kämpfen gegen Stalinisten

Moskau (AP/DPA). Der polnische Außenminister Rapacki ist zu Grenzverhandlungen mit der sowjetischen Regierung in Moskau eingetroffen. Nach einer amtlichen polnischen Mitteilung soll ein Abkommen über die Markierung der „polnisch-sowjetischen Staatsgrenze an der Ostsee“ unterzeichnet werden. Wie der sowjetische Außenminister Gromyko mitteilte, soll auch die künftige Gestaltung der sowjetischen Politik gegenüber Deutschland besprochen werden.

Aus der polnischen Mitteilung geht nicht hervor, ob über den gesamten Verlauf der polnisch-sowjetischen Grenze in Ostpreußen oder nur um das Stück dieser Grenze an der Ostsee verhandelt werden soll. Die polnisch-sowjetische Grenze in Ost-

Neue Schießvorschrift

Fulda (AP). Bei einer Besprechung an der Zonenengrenze teilten Vopo-Offiziere dem Fuldaer Oberstaatsanwalt mit, daß die Schießvorschrift für die Volkspolizei geändert worden sei. Die Volkspolizei dürfe sofort ohne Anruf und Warnschuß zielen und schießen.

Diese Änderung sei nach dem Mord an dem 24jährigen Volkspolizisten Waldemar Estel am 3. September 1956 an der Zonenengrenze bei Rasdorf (Kreis Hildesheim) durch einen Spanier erfolgt.

preußen war 1945 auf der Potsdamer Konferenz festgelegt worden. Sie trennt Ostpreußen in einen unter sowjetischer Verwaltung stehenden nördlichen und einen unter polnischer Verwaltung stehenden südlichen Teil.

Warschau (AP). Der kommunistische Parteitheoretiker Wlodek ist aus der Redaktion des polnischen KP-Organs „Trybuna Ludu“ ausgeschieden; das Sekretariat des Zentralkomitees hatte in der vergangenen Woche bemängelt, daß die Zeitung im allgemeinen nicht die Parteilinie wiedergebe und in einigen Fällen sogar Artikel veröffentlichen habe, die in direktem Widerspruch zur Parteiauffassung stünden. Aus Protest gegen diese Einmischung ist Wlodek zurückgetreten. Wie es heißt, wollen sechs weitere Redaktionsmitglieder seinem Beispiel folgen.

Darüber hinaus soll sich der Protest der Redakteure gegen das Wiedererstarken der Stalinisten in der Partei, die sogenannte Natolin-Gruppe, richten.

Kadar bespitzelt West-Botschaften

Zwischenfall um Österreichs Gesandten

Budapest (AP/DPA). Die ungarische Regierung hat die Überwachung der westlichen Botschaften in Budapest durch die ungarische Polizei verstärkt. Besonders scharf kontrolliert wird die österreichische Gesandtschaft. Die Polizei hielt sogar den österreichischen Gesandten Peinsipp und seine Frau an und forderten sie auf, das Gebiet um die Botschaft, das jetzt „militärische Sperrzone“ sei, zu verlassen.

Das der Gesandtschaft gegenüberliegende Haus wurde nach

Ausweisung der Mieter von der Polizei besetzt. Alle Personen, die die österreichische Gesandtschaft verlassen, werden in diesem Hause zunächst vernommen und dann in Lastwagen abtransportiert.

Nach einer amtlichen Ankündigung werden die Sondergerichte in Ungarn „bis zur Wiederherstellung der Ordnung“ weiterarbeiten. Die Sondergerichte hatten in den vergangenen Wochen zahlreiche „Konterrevolutionäre“ zu Todes- bzw. Freiheitsstrafen verurteilt.

Flüchtlingsstrom stockt

Wien (AP). Zum erstmaligen Beginn des ungarischen Volksaufstandes ist es am Freitag keinem Flüchtling mehr gelungen, die Grenze aus Ungarn nach Österreich zu überschreiten. Seit der sowjetischen Intervention in Ungarn haben bisher etwa 200 000 Einwohner das Land verlassen.

So sind sie wirklich:

Der „Gewerbeoberlehrer“ im Staatskabinett

Seit dem 28. Februar besitzt die Sowjetzone einen neuen „Staatssekretär für das Hochschulwesen“: Dr. Wilhelm Girnus, bisher 1. Sekretär des „Ausschuß für Deutsche Einheit“ beim Nationalrat der Nationalen Front. Gegangen ist dafür der 54jährige Prof. Dr. Gerhard Harig, ein Mann, der auch als Kommunist noch versucht hatte, die Situation an den sowjetzonen Universitäten aus der gegebenen Materie heraus zu verstehen.

Wer aber ist nun dieser Girnus, von dem Ulbricht auf einer Kollegiumssitzung des Staatssekretariats sagte: „Ich bin überzeugt, der Genosse Girnus wird die Unruhestifter an unseren sozialistischen Hochschulen blitzartig entfernen!“ ...?

Beinahe Künstler geworden

Girnus ist an diesem 17. Januar 51 Jahre alt geworden. In Allenstein als Sohn eines Gymnasiallehrers geboren, studierte er in Breslau, Königsberg und Paris. Er ist ein „Beinahe-Künstler“, um ihn zu verstehen, muß man die ohnmächtige Trauer um dieses „Beinahe-Schicksal“ ganz erfassen. Kunstmaler wollte er werden, doch die ostpreußische Steifheit und eine geistige Pedanterie vertrieben ihn aus dem Paradies der Pariser Bohémiens. Er ging nach Deutschland zurück, um — Kunst- und Zeichenlehrer an der Gewerbeoberschule zu werden.

Dieses Berufs-Fluidum hat er niemals mehr abzulegen vermocht. Er ist „Gewerbeoberlehrer“ geblieben, ob in der KP, im SED-Zentralkomitee oder im Kabinettsrang eines Staatssekretärs. 1929 kam er — selbst seine Genossen vermögen sich kein Motiv zu erklären — in die KPD und in die kommunistische Studentenbewegung der Vornazizeit. 1933 ging er für kurze Zeit in die Illegalität und kam, als ihn niemand verfolgte, wieder in seinen alten Beruf. 1935 holte ihn die Gestapo ins KZ, weil man in ihm den Leiter einer Widerstandsgruppe vermutete. Die Parteibiographie setzt sich

DR. WILHELM GIRNUS

mit diesem Punkt nicht auseinander. Aber es ist zu unwahrscheinlich, daß der Gewerbeoberlehrer Widerstands-Meriten besitzt.

Der Weg zum Funktionär

Die Tatsache, daß Girnus neun lange Jahre in der Umgebung gefangener Kommunistenführer saß, qualifizierte ihn 1945 für die Laufbahn des Funktionärs. In Berlin wurde er Dezernent in der Verwaltung für Volksbildung, dann, 1946, für drei Jahre Intendant des kommunistischen „Berliner Rundfunks“ in der Masurenallee. Als die SED ihren Chefredakteur Lex Ende ideologischer und Emigrations-Verirrungen bezichtigte, kam Girnus in das „Neue Deutschland“. Als für die Kulturpolitik verantwortlicher Chefredakteur entwickelte er sich zum kleinen „Kulturpapst“ des Regimes, hier versuchte er die Enttäuschung über seine eigene verunglückte Laufbahn an den SED-Künstlern abzureagieren.

Höhepunkt dieses Strebens war Girnus' Tätigkeit in der „Staatlichen Kunstkommission“ von 1951—1954. Er entwickelte eine eigene Theorie des „sozialistischen Realismus“, vor der Stalin mit seinen verwandten Ambitionen beschämt hätte in den Schatten treten dürfen. Zum Glück ging der alte Mann in Moskau während dieser Zeit seinem Ende entgegen und die SED merkte erst viel später, daß ihr Gewerbeoberlehrer einen himmelschreienden Unsinn zusammengeheftet hatte. Am 7. Januar 1954 machte das SED-Zentralkomitee dem Spuk ein Ende, die „Staatliche Kunstkommission“ wurde nach anhaltenden Protesten der ihr Unterworfenen aufgelöst und ihre Aufgaben übernahm Johannes R. Bechers „Ministerium für Kultur“.

„Kunst ist, wenn man ...“

Girnus aber kam als Chef der Abt. „Schöne Literatur und Kunst“ ins Zentralkomitee der SED. Er ließ „schöne Bücher“

entstehen, die Nationalpreisverleihungen dieser Zeit bewiesen es. „Kunst ist“, erklärte er einmal Parteihochschülern, „wenn man sich darüber freut und hinterher politisch gebildet fühlt!“ So einfach war das damals, jedenfalls bis zum April 1955. Dann hatte man auch im ZK den Gewerbeoberlehrer zur Genüge genossen und schob ihn auf einen Posten ab, auf dem mangels Daseinsberechtigung wirklich nichts mehr zu verdienen war: Girnus wurde Sekretär des „Ausschuß für Deutsche Einheit“, der er dann bis zu seiner jüngsten Ernennung geblieben ist.

Mühevolle „Kleinarbeit“

Seiner Initiative haben die Kommunisten die Existenz von insgesamt acht verschiedenen Kulturkommissionen zu verdanken, die seither im Stillen und Verborgenen um die kommunistische Einheit Deutschlands buhlen. In mühevoller Kleinarbeit entwickelte der Gewerbeoberlehrer im Staatssekretärsrang (der „Ausschuß für Deutsche Einheit“ ist einem Staatssekretariat gleichgestellt!) „gesamtdeutsche Briefmarkenfreundschaften, Briefzirkel und Kultur-Sympathien, die zumeist recht einseitig geblieben sind. Als er jetzt abgerufen wurde, gingen seine Nachfolger aufatmend daran, das Girnussche Werk unblutig wieder aufzulösen.

Man mag sich fragen: Was soll dieser Girnus als Staatssekretär für Hochschulwesen, an einem Brennpunkt des innenpolitischen Geschehens, der aus kommunistischer Sicht einen „ganzen Mann“ verlangte. Girnus ist dieser „ganze Mann“ für die SED! Er ist es, weil er unbeeinflusst von der Materie und ohne Skrupel jene verhängnisvollen Richtlinien in die Tat umzusetzen wird, mit denen Ulbricht die Frage der Nachwuchsentelligenz lösen möchte. Alle Torheiten, die nun geschehen, müssen auch auf das Konto Girnus' umgelegt werden. Studenten und Professoren aber haben von dem „Gewerbeoberlehrer“ des ZK wenig Gutes zu erwarten.

„Wie schnell sind zwei Jährchen . . .“ Militante Lyrik im Dienste sowjetzonaler Rekrutenwerbung

Seit dem 30. Plenum des SED-Zentralkomitees — vor nunmehr fünf Wochen — gehört die Rekrutenwerbung wieder zu den Obliegenheiten der Partei- und FDJ-Organisationen in der Zone. Eine entsprechende Rede des ehemaligen FDJ-Chefs und heutigen Wehrexperthen der SED, Erich Honecker, hatte diese Aktion eingeleitet. Ein Millionenfonds des Ministeriums für Nationale Verteidigung soll nunmehr helfen, mit den Mitteln zeitgemäßer Werbung die passenden Jahrgänge in die Kasernen zu bekommen.

An der Spitze dieses Mühens steht der ministeriums-eigene Verlag, dem mehr als 500 Offiziere als ständige und pauschal bezahlte Mitarbeiter angehören. Aus dem Schriftstellerverband und aus der Truppe heraus soll eine wehrfördernde Lyrik und Literatur entstehen, deren Ergebnisse in der Regel doppelt so hoch bezahlt werden wie die schöngeistige Produktion traditioneller Ostberliner Buchverlage.

„Liebe ist nicht schädlich!“

Da sich immerhin bekannte Schriftsteller und Nachwuchsdichter an diesem Wettbewerb um ministerielle Honorare bemühen, laufen die zahlreich entstandenen Lieder, Balladen und Bühnenstücke meist ohne den Namen des Autors. So auch das zur Zeit meistgesungenste Lied mit dem Titel: „Liebe ist nicht schädlich!“ unter der Registernummer 198/56:

„Das Bild zeigt ihn stolz bei der Fahne: / Gefreiter und strahlend vor Glück. / Er schickte dies Bild seinem Mädchen / und schrieb, ich denk' oftmals zurück. / Sie dachte zurück an den Abschied: / Wie seine Harmonika klang! / Die Bässe nur klagten und seufzten; / doch fröhlichen Mutes erzang: / Du weißt ja, du Herzallerliebste, / ich lasse dich nun nimmermehr! / Wie schnell sind zwei Jährchen vergangen. / Drum nimm nicht die Trennung zu schwer! / Du Liebste, du Liebste — / drum nimm nicht die Trennung zu schwer!“

Das Lied endet mit einem General, der auf den Gefreiten zu

tritt und ihm „lächelnd, humorvoll befahl“:

„Sie fahren auf Urlaub, Gefreiter! / Sie schreiben dem Bräutchen sofort . . . / Die Liebe ist wirklich nicht schädlich; / das Gegenteil stimmt, auf mein Wort!“ Nun endlich läßt der Gefreite die bis dahin krampfhaft festgehaltene Fahne Fahne sein und eilt zum Bräutchen, das ihn — weil es in der DDR lebt — nach jedem Liebeszufuhr ermahnt: „Vergiß mir die Fahne nicht!“

Die Werbe-Slogans, für die im Pauschalsatz des Verteidigungs-Verlages 200 Ostmark gezahlt werden, sind von solcher Art: „Wer den Frieden will erhalten, hilft unser Banner mit-entfalten!“ Dazu ein MPI-bewaffneter Nationalarmist, der sich verzweifelt eine total verhedderte Fahne zu entwirren bemüht. Oder: „Zwei Jahre gibt die Braut dir Zeit, zu tragen unser Ehrenkleid!“ Im Hintergrund: Glückselige FDJ-Maid schiebt uniformierten Naturburschen aufatmend auf ein Lastauto, das ihn gleich mit einem Dutzend stupid drein-

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.
Druck: W. Büxenstein, GmbH.

schauender Kameraden davonzutragen verspricht. Dafür werden die Plakate auch nur im Pauschalvertrag von der Werbe-firma DEWAG ausgeliefert und, wie die DEWAG sagt, „unterbezahlt“.

Heldennutter 1957

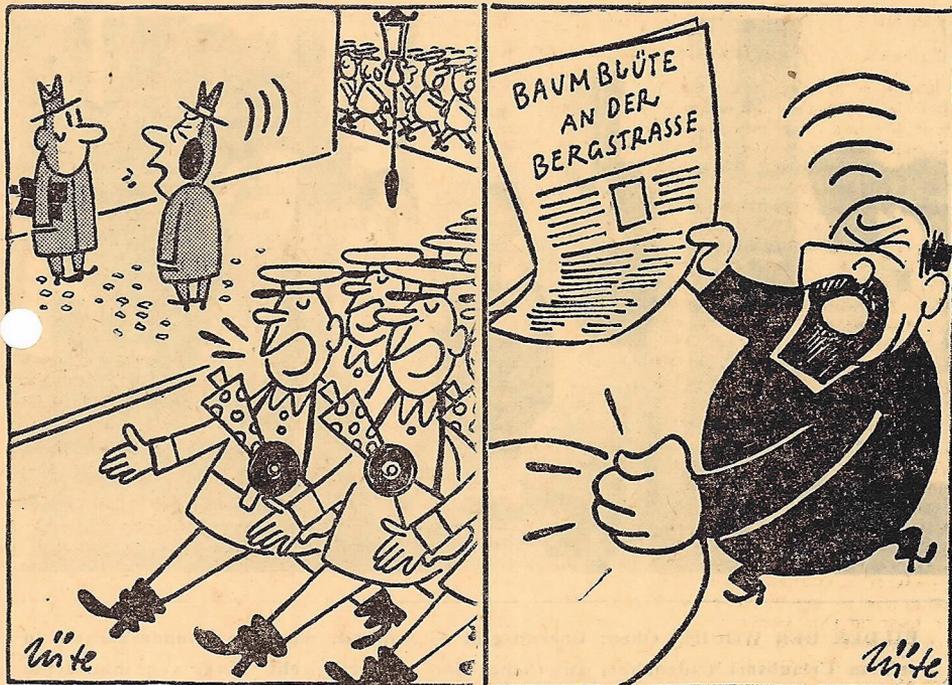
Der bisher rund tausendmal aufgeführte Werbe-Sketch passenden Genres beinhaltet: „Mutter sitzt weinend am Ofen und beschwört Sohn, nicht zum Militär zu gehen, Im Hintergrund Super-Großfoto von gefallenem Vater, im Stahlhelm mit Trauerband, Türklingel, Briefträger kommt, hinterläßt Brief aus Westdeutschland. Mutter liest

„Anfällig“ für Religion

Berlin (epd). Die „Anfälligkeit“ der sowjetischen Jugend für religiöse Dinge bedauert das in Moskau erscheinende offizielle Blatt der kommunistischen Jugend „Komsomolskaja Prawda“. Als Beweis dafür wird eine Leserzuschrift aus Stalino zitiert. Der Schreiber meint, die Geistlichen hätten gelernt, ihre Arbeitsmethoden den Verhältnissen in Rußland anzupassen. Ihr Kampf um die Herzen der kommunistischen Jugend sei keinesfalls aussichtslos.

vor, was Onkel Hugo schreibt: Blutrünstige SS-Offiziere schinden in Bundesrepublik minderjährige Patrioten für Einsatz gegen DDR. Atomkanonen auf Hinterhöfen und neue Wehrmacht gut getarnt in dich Wäldern Süddeutschlands! A schrei von Mutter: Das habe ich nicht gewußt! Pakt Sohn, der nicht weiß, wie ihm geschieht, bringt ihn selbst zum Genossen Rekrutierungs - Offizier: Ich übergebe Euch mein Bestes! DFD-Frauen umringen begeistert Mutter, alles zieht ab hinter Bühne . . .“

Nun wundert sich die SED, warum die Sache nicht läuft. Im April beginnen einige Entlassungen und Ausmusterungen in der Armee, und die Rekrutierungsstellen bleiben leer. Immerhin — von den vier Millionen, die das Ministerium für die Kampagne geopfert hat, sind erst drei verpulvert. Nun hoffen sie dort auf die Wirksamkeit des Restes . . .



„Natürlich is mir nich kalt, aber wie soll man denn den ‚Tag der Volksarmee‘ aushalten?!“

„Holt den Genossen Landwirtschaftsminister! Warum gelingt uns das nicht?!“

Stumpfe Ideologie

Fortsetzung von Seite 2

für die Zukunft abzuleiten. Wer Zentralorgan liest — wer ist es überhaupt noch in der Zone? — wird sich einer Diktion, einer Argumentation und Dialektik gegenüber sehen, die in die heutige Zeit genauso wenig paßt, wie in die Vergangenheit — die „Frühzeit“ des Marxismus möglicherweise ausgenommen. Ein Funktionär, der nichts besitzt als eine starre, eingetrichterte, pseudowissenschaftliche Ideologie muß unelastisch sein und kommt mit den sich rapide verändernden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen einfach nicht mit.

Der Mangel an wirklichem Rüstzeug trifft die SED-Funktionäre am stärksten. Sie wurden zumeist schon im kommu-

nistischen Jugendverband für die Parteikarriere dogmatisch „geschult“. Sie stehen heute auf ihrem Posten mit dem Halbwissen und Falschwissen der Nur-Partei-funktionäre. Was ihnen eingedrillt wurde, ist längst hinfällig geworden. Aber sie können und wissen nichts anderes als die alten Verse und Phrasen. Karl Schirdewan, enger Freund Ulbrichts und Politbüro-Mitglied, gab sich soeben in einer großangelegten Rede in Eisenach als ein solcher Typ zu erkennen. Liest man im „Neuen Deutschland“ diese Rede nach, so kann man nur kopschüttelnd zur Kenntnis nehmen, wie dort versucht wird, den Gemeinsamen Markt Westeuropas „marxistisch-leninistisch“ zu durchleuchten, wie nämlich das ganze auswendig gelernte Vokabular des theoretischen Kommunismus einge-

gesetzt wird, um die Primitivität der lapidaren Behauptung zu verschleiern, daß der Gemeinsame Markt wieder einmal nichts anderes bedeutet, als Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Monopolkapitalisten.

Eine Diskussion läßt sich auf dieser Basis längst nicht mehr führen. Die Dialektik der SED hat zudem jeglichen Reiz sprachlicher Auseinandersetzung verloren.

Wiederkauender Stumpfsinn gähnt aus den Spalten der Ostpresse, sofern es sich um die langen Grundsatzausführungen handelt; die abgekratzte Langspielplatte von der Offensive der Arbeiterklasse in Westdeutschland muß immer wieder erhalten. Entweder, die Funktionäre leben wirklich in traumfernen Illusionen, oder sie müssen sich ihrer eigenen Unzulänglichkeit und der Ausichtslosigkeit ihres Planens und Beginnens voll bewußt sein.



BILDER DER WOCHE: Oben: Überall gibt es Applaus, wenn der Bundeskanzler in seinem Urlaubsort Cadenabbia am Comer See spazieren geht. Links von ihm: seine Tochter Lotte Multhaupt, rechts: Tochter Libeth Wehrhan. — Unten: Ulbricht als „tätowierte Rose“ im Kölner Karnevalszug. Leider läßt sich der auf seinen Leib tätowierte Stalin von den ihn umgebenden Ärzten doch nicht so schnell entfernen.

